

Milhabader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Bereich monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei Nr. 36 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Zweigstelle Wildbad. — Konfession: Enzthalbote G. & Co., Wildbad; Bismarck-Druckerei Filiale Wildbad. — Postfachkonto 20174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bestel Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamazeile 50 Pf. Rabatt nach Text. Für Ofterten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontrahenten oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg.
Druck. Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 26, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Nummer 215

Februat 479

Mittwoch den 14. September 1932

Februat 479

67. Jahrgang.

Reichstags Ende

Die Sitzung des Reichstags am Montag, das erste Zusammentreffen der Regierung mit dem Parlament, ist zu einem schweren Zusammenstoß geworden und hat in knapp einer Stunde zur Auflösung geführt. Es war kein Kampf von heroischer Größe, eher könnte man von einem schwarzen Tag des Parlamentarismus sprechen. Das Ende dieses Reichstags — das muß man offen bekennen — ist wenig rühmlich gewesen. Schon zu Beginn sprach man von einer „Ueberraschung“, die der Reichsregierung bereitet werden sollte. Sie hat sich nach der anderen Seite gerichtet. Die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Reichstagspräsidenten Göring war, wie jetzt von allen Seiten zugegeben wird, auffallend ungeschicklich. Er überließ geflissentlich die Wortmeldung des Reichskanzlers und schob das ihm überreichte Auflösungsdekret mit einer fast verächtlichen Handbewegung zur Seite, obwohl er genau wissen mußte, was die rote Karte, mit der der Reichskanzler den Saal betreten hatte und aus der er das Schriftstück hervorholte, zu bedeuten hatte.

In Artikel 33, Absatz 3, der Reichsverfassung heißt es, daß die Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung vom Reichstag gehört werden müssen. Hiernach hätte der Reichskanzler unter allen Umständen auch dann das Wort erhalten müssen, wenn der Abstimmungs-vorgang bereits lief. Das war aber im Augenblick der Wortmeldung Papens noch nicht der Fall. Auch aus einem anderen Grund ist die Auffassung Görings irrtümlich. Da es dem Reichskanzler nicht gelang, das Auflösungsdekret zur Verlesung zu bringen, übergab er es Herrn Göring, und in diesem Augenblick war die Auflösung des Reichstags auf jeden Fall geltendes Recht geworden. Die Abstimmung, die der Präsident weiter durchführte, hatte also keinen staatsrechtlich verbindlichen Charakter mehr.

Offenbar haben auch die Sozialdemokraten die Rechtsgültigkeit der Auflösung anerkannt, wie ein Brief des früheren Reichstagspräsidenten Löbe an Göring, den wir an anderer Stelle mitteilen, beweist.

Welche weiteren politischen Folgerungen sich aus der jetzigen Lage ergeben, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. In Berlin rechnet man mit der Verhängung des Ausnahmezustands durch die Reichsregierung, um ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Und was wird der Reichstag tun? Eine etwaige Klage vor dem Staatsgerichtshof, wovon in nationalsozialistischen Kreisen schon gesprochen wurde, ist ausgeschlossen, weil der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich lediglich über „Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes“ und über „Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Art zwischen verschiedenen Ländern oder zwischen dem Reich und einem Land“ entscheidet. Theoretisch käme allenfalls eine Anklage des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung gemäß Artikel 59 der Reichsverfassung in Frage. Sie müßte aber von 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet und von einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags beschlossen werden. Ein aufgelöster Reichstag kann aber keine Beschlüsse mehr fassen, und wenn der nächste Reichstag etwa einen solchen Beschluß nachträglich fassen sollte, dann könnte ihm der Reichspräsident mit der Auflösung wieder zuvorkommen. Aber davon abgesehen, könnte der Reichspräsident einer Anklage vor dem Staatsgerichtshof mit Ruhe entgegensehen, weil eine „schuldhafte Verletzung der Reichsverfassung“, die der Anklage zugrunde liegen muß, niemals nachgewiesen werden könnte.

Berlin, 13. Sept. Im Reichstag herrschte am Dienstag vormittag reger Betrieb, da ein großer Teil der Abgeordneten wieder im Reichstag erschienen war, um entweder an Fraktions- oder Ausschusssitzungen teilzunehmen. Die sozialdemokratische Fraktion trat bereits um 10 Uhr zusammen. Die Deutschnationalen haben vor 11.30 Uhr eine Fraktions-sitzung im preussischen Landtag anberaumt. Der Auswärtige Ausschuss ist für 3 Uhr nachmittags einberufen, um den Lausanner Vertrag und die Abrüstungsfrage zu besprechen.

Löbe an Göring

Berlin, 13. Sept. Abg. Löbe hat an den Reichstagspräsidenten Göring geschrieben, die sozialdemokratischen Mitglieder nehmen an der von Göring einberufenen Sitzung des Ältestenrats nicht mehr teil, da der Ältestenrat durch die Auflösung des Reichstags mitbetroffen worden sei. Die staatsrechtlichen Fragen, die Göring in seiner Schlussansprache im Reichstag aufgeworfen habe, gehören vor den Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen werde. Als Vorsitzender dieses Ausschusses berufe er (Löbe) den Ausschuss sofort ein.

Auch die Vertreter der Zentrumsfraktion erklärten dem Reichstagspräsidenten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr bestehe. Göring sah sich dadurch veranlaßt, die von ihm in Aussicht genommene sofortige Sitzung des

Tagespiegel

Reichstagspräsident Göring sandte an den Reichspräsidenten einen Brief — Anrede und Höflichkeitsformel am Schluss waren weggelassen —, in dem er Hindenburg ersucht, die Reichsregierung zur Ausführung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten anzuhalten. Darauf antwortete der Reichspräsident brieflich — ebenfalls unter Weglassung der Anrede und der Schlussformel — er weise die Anschuldigung der Verfassungsverletzung aufs entschiedenste zurück. Die ganze Verwicklung wäre nicht entstanden, wenn Reichstagspräsident Göring dem Reichskanzler das Wort erteilt hätte. Sobald der Reichstagspräsident die durch die Auflösung geschaffene Reichstags-situation ausdrücklich anerkenne, werde nichts im Weg stehen, daß die Reichsregierung vor dem Ueberwachungsausschuss erscheine.

Außerdem hat der Reichskanzler noch ein Schreiben an den Abg. Fried als den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gerichtet. Darin wird die Einladung zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses bekräftigt, aber hinzugefügt, sie sei unvereinbar mit der Mitteilung des Reichspräsidenten Göring, daß die Regierung gestürzt sei. Solange der bisherige Reichstagspräsident diese Auffassung aufrechterhalte, könne der Kanzler nicht in den Auswärtigen Ausschuss kommen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beantragt, der Auswärtige Ausschuss wolle beschließen, die Weigerung des Reichskanzlers, des Außenministers und des Reichswehrministers, in der Ausschusssitzung zu erscheinen, für einen Verfassungsbruch zu erklären.

Die Sozialdemokratische Partei hat beim Reichsminister des Innern die Zulassung eines Volksbegehrens beantragt, durch das der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 mit Wirkung vom gleichen Tag außer Kraft gesetzt werden soll.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden,

Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Durchsuchung der kommunistischen Fraktionszimmer

Berlin, 13. Sept. Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht hat in der Nacht zum 13. September um 23.30 Uhr der stellvertretende Leiter der Abteilung I, Regierungsrat v. Werder, eine Durchsuchung im komm. Fraktionsbüro im Reichstag angeordnet, da der dringende Verdacht eines Sprengstoffanschlags vorlag. Die Durchsuchung konnte dem Herrn Reichstagspräsidenten und dem Herrn Polizeipräsidenten nicht mehr angekündigt werden, da beide Herren fernmündlich nicht zu erreichen waren. Die Durchsuchung war um 1.30 Uhr beendet. Die Keller des Reichstags und die Fraktionsräume der kommunistischen Partei sind durchsucht worden. Der nach kurzer Zeit eintreffende Direktor der Reichstagsverwaltung, Geheimrat Galle, erhob gegen diese Durchsuchung energischen Protest und teilte mit, daß er diese Angelegenheit bei den zuständigen Stellen des Reichstags zur Sprache bringen würde. Da Regierungsrat v. Werder annehmen mußte, daß Gefahr bestände, hat er trotz des Einspruchs von Herrn Galle die Durchsuchung weiter fortgesetzt. Hinweise auf ein Sprengstoffattentat sind aber nicht gefunden worden. In den Fraktionszimmern der kommunistischen Partei wurden zwei Zerkleinerungsschriften, sowie ein Buch, das sich mit Eisenbahnbau befaßt, beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat eine Untersuchung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet.

Der Ueberwachungsausschuss

Berlin, 13. Sept. Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Löbe zusammen. Die Beteiligung der Parteien war außerordentlich stark. Auch Reichstagspräsident Göring nahm an der Sitzung teil. Ebenso waren die Länder durch zahlreiche Geandten vertreten. Von der Reichsregierung war zunächst nur Ministerialdirektor Gottheimer vom Reichsinnenministerium erschienen. Dieser gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Reichsregierung hält daran fest, daß das Vorgehen des Reichstagspräsidenten in der gestrigen Sitzung des Reichstags mit der Reichsverfassung und mit der Geschäftsordnung des Reichstags nicht vereinbar ist. Im Widerspruch mit Artikel 33 Absatz 3 der Reichsverfassung hat der Reichstagspräsident trotz wiederholter Wortmeldung dem Reichskanzler das Wort nicht erteilt, obwohl eine Abstimmung noch nicht begonnen hatte. Es steht fest, daß nach der Wort-

im Einvernehmen mit der Parteileitung der NSDAP, als deren Mitglied auszuweisen.

Für die Neuwahlen zum Reichstag kommt nach hohemäntlicher Mitteilung, wenn Ruhe und Ordnung gewahrt bleibt, in erster Linie der 6. November in Betracht. Da aber zur Zeit noch Klagen gegen die Reichsregierung beim Staatsgerichtshof anhängig sind, könnte bis zu deren Erledigung eine Verzögerung eintreten. Auch die Durchführung von nicht verfassungsändernden Reformen des Wahlrechts dürfte einige Zeit in Anspruch nehmen.

Das preussische Staatsministerium hat eine zweite Verordnung zur Abänderung des Schlachtsteuergesetzes beschließen, die am 14. September 1932 in Kraft tritt. Durch die neue Verordnung wird der Finanzminister ermächtigt, Hausflachtungen nicht nur von Schweinen, sondern auch von Kälbern und Schafen von der Schlachtsteuer ganz oder zum Teil zu befreien. Im übrigen bringt die neue Verordnung eine teilweise Abänderung des bisher geltenden Schlachtsteuerartikels.

In der Lausitz wurden in verschiedenen Gemeinden wegen der spinalen Kinderlähmung die Schulen geschlossen. In Pommern sollen sämtliche Schulen geschlossen werden.

Wegen des Bombenanschlags auf eine jüdische Stedlung in Groß-Baglow (Caußitz) am 17. August sind fünf Mitglieder der NSDAP. verhaftet worden.

Das Wasserflugzeug des Lloydampfers „Europa“, das den Dampfer etwa 52 Meilen westlich der Seila-Inseln verlassen hatte, sah sich infolge eines leichten Maschinenschadens genötigt, bei St. Marys aufs Wasser niederzugehen. Die Besatzung hofft, den Schaden bald beheben und den Flug nach Southampton fortsetzen zu können.

Bei den Wahlen zum dänischen Landsting blieb die Mandatsverteilung in Kopenhagen und auf Jütten unverändert, dagegen gewannen die Konservativen in Nordjütland ein Mandat. Die Zahl der Mandate der Opposition im Landsting steigt hiernach von 40 auf 41, während die Mandatsziffer der Regierungsparteien von 35 auf 34 sinkt. Außerdem gehört dem Landsting ein parteiloses Abgeordneter an.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in keiner Amtsführung zu vermeiden, Ältestenrats und die Reichstags-sitzung am Dienstag abzulassen.

ten steht die Einberufung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung in Widerspruch.

Die Reichsregierung ist jederzeit bereit, mit dem nach Artikel 35 der Reichsverfassung gestellten Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu verhandeln. Sie muß es jedoch ablehnen, in solche Verhandlungen einzutreten, ehe nicht der Reichspräsident sein Schreiben vom 12. September 1932 zurückgegeben hat.

Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministerialdirektor Gottheimer die Sitzung.

Reichspräsident Göring erklärte, er müsse anerkennen, daß die Reichstagsauflösung rechtsgültig sei, da auch ein gestürzter Reichskanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, solange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe. Dagegen müsse er auf seinem Standpunkt beharren, daß die Abstimmungen rechtsgültig seien, da sie bereits begonnen hätten, als der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Allerdings habe er auch formaljuristisch lebhaftes Bedenken, ob die Begründung, die für die Auflösung gegeben worden sei, mit dem Geist und dem Sinn der Verfassung übereinstimme.

Abg. Berndt (Dn.) erklärte, daß er sich voll auf den Boden der Ausführungen des Regierungsvorstellers stelle. Die Reichsregierung sei zu ihrem Verhalten vollständig berechtigt.

Auf einen Zuruf von Seiten der Nationalsozialisten und des Zentrums, warum denn dann die Deutschnationalen sich an der Abstimmung beteiligt hätten, erklärte der Redner: Das sei gleichgültig, um den Mehrheitsbeschlüssen nicht die Freude zu machen, auf einen einstimmigen Beschluß des Reichstags hinweisen zu können in einer Sache und in einer Lage, die hinsichtlich ihres Ernstes überhaupt nicht übertroffen werden könne und die wahrlich mehr Verantwortungsgefühl verlangt hätte, als es gestern der Reichspräsident und die Reichstagsmehrheit bewiesen hätten.

In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Löbe (Soz.), der Ausschuss habe zu jedem Fall rechtmäßig, auch wenn der Reichstag nicht aufgelöst sei.

Abg. Wegmann (Z.) erklärte, die Regierung dürfe unter keinen Umständen ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig machen.

Gegen die beiden deutschnationalen Stimmen wurde darauf ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach der Ausschuss die Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers verlangt.

Der Ausschuss befand sich dann noch kurz mit der polizeilichen Durchsuchung des Reichstagsgebäudes in der Nacht zum Dienstag.

Präsident Göring legte gegen das Vorgehen der Polizei schärfste Verwahrung ein und erklärte, er sei bereits mit der preußischen Regierung in Verbindung getreten, um die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen. Er überlege auch, ob er sich wegen dieses Vorgangs mit der Reichsregierung in Verbindung setzen solle.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Zentrums wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, in dem der Ausschuss feststellt, daß die Hausdurchsuchung ein eklatanter Bruch der Abgeordnetenimmunität sei. Der Ausschuss verlange die sofortige Bestrafung der für die Durchführung Verantwortlichen.

Der Ausschuss vertagte sich dann, um die Entscheidung der Regierung abzuwarten.

Bapen geht nicht in den Ausschuss

Berlin, 13. Sept. Amtlich wird erklärt, der Reichskanzler und der Reichsinnenminister werden nicht in den Ueberwachungsausschuss kommen, solange Präsident Göring seinen Brief an den Reichskanzler nicht zurückgezogen habe. Schon die Tatsache der Einberufung des Ueberwachungsausschusses an sich widerlege die Stellungnahme des Reichstagspräsidenten, denn dieser Ausschuss könne nach der Verfassung ja nur nach Auflösung des Parlaments einberufen werden, da er den nicht bestehenden Reichstag vertritt. Die Auflösung sei demnach vom Reichstag selbst anerkannt.

Im Reichstag war es am Dienstag vormittag recht lebhaft. Die Regierung wartet zunächst ab und wird ihre Entschlüsse erst in den nächsten Tagen treffen. Sie wird aber, wie halbamtlich mitgeteilt wird, streng verfassungsmäßig vorgehen und vor den Wahlen keine Verfassungsänderungen herbeiführen. Der Entwurf einer neuen Verfassung werde unabhängig hieron ausgearbeitet werden.

Auch nach Wiedereröffnung der Sitzung war kein Vertreter der Regierung erschienen. Nach längerer Aussprache

nahm der Ausschuss gegen die Stimmen der Deutschnationalen und im letzten Satz auch gegen die kommunistischen Stimmen folgende Entscheidung der Sozialdemokraten an: „Der Ausschuss hat die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig. Die Reichsregierung hat diese Rechtsauffassung auch anerkannt durch ihr Verhalten im Juni vor dem damaligen Ueberwachungsausschuss. Der Ausschuss stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eines offenen Bruchs der Reichsverfassung schuldig gemacht haben. Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhält.“

Nach längerer Ausführungen wurde ein Antrag des Abg. Frank (NS.) angenommen, worin der Ausschuss feststellt, daß die Abstimmung im Reichstag am 12. September 1932 über die Aufhebung der Notverordnungen und die Entziehung des Vertrauens gegenüber dem Reichskabinett Bapen verfassungsmäßig gewesen seien.

Weiter wurde ein Antrag des Abg. Wegmann (Z.) angenommen, der lautet: 1. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstößt gegen Artikel 25 Absatz 1 der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene Gefahr, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Notverordnung verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellt, wie er in Artikel 25 Absatz 1 der Reichsverfassung gefordert wird. 2. Die am 12. September 1932 ausgesprochene Auflösung des Reichstags verstößt gegen Artikel 48 Absatz 3 Satz 2 der Reichsverfassung, weil sie das wichtige verfassungsmäßige Recht des Reichstags, die Aufhebung von Notverordnungen zu verlangen, verleiht und eine Wiederholung der Auflösung dieses Rechts des Reichstags dauernd beseitigen würde.

Der Antrag Frank (NS.) wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Wegmann (Z.) wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde dann noch ein Antrag des Abg. Frank (NS.) angenommen, wonach der Ausschuss die Reichsregierung ersucht, den Wahltermin für die Wahlen zum neuen Reichstag unverzüglich bekanntzugeben.

Während der Aussprache hatten verschiedene Redner scharfe Wendungen gegen das Verhalten des Reichskanzlers gebraucht. Auch sprach Abg. Frank davon, daß der Reichspräsident von Hindenburg „in Verkenntnis seiner verfassungsmäßigen Pflichten“ gehandelt habe.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) wies diese Behauptung und die Angriffe gegen den Reichskanzler mit größter Schärfe zurück.

Zum Schluß wurde ein Antrag des Abg. Höpner (Soz.) angenommen, der verlangte, daß zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Pressverbote aufgehoben werden. Der Ausschuss stellte es in das Ermessen des Vorsitzenden, Abg. Löbe (Soz.), wann eine weitere Sitzung stattfinden soll.

Englische Stimmen zur Reichstagsauflösung

London, 13. Sept. Zur Reichstagsauflösung schreibt die „Morningpost“, das „Junkertum“ sei wieder erstanden. Ganz Deutschland und nicht nur der Adel werde im Grund die Tatsache begrüßen, daß endlich eine Regierung gefunden wurde, die dem Ausland gegenüber eine mit Deutschlands Würde übereinstimmende Haltung einnehme. Hitler fürchte unter solchen Umständen die Befragung des Volks. Wenn nichts Außerordentliches eintreten sollte, so werde die Regierung im Sattel bleiben. — Die „Times“ führt aus, wenn die Bapenregierung sich nicht um die „Marxisten“ der Parteipolitik bekümmere, so müsse aerechterweise darauf hingewiesen werden, daß es mit den parlamentarischen Regierungen bereits vor Bapen sehr bergab gegangen sei. — „Financial News“ äußert sich sehr abfällig. Eine Regierung, wie die des Reichskanzlers v. Bapen könne nicht in einer friedlichen Atmosphäre gedeihen. Der Aufrüstungszug und andere Rundgebungen des zunehmenden deutschen Militarismus würden die politische Arena beherrschen. — Fast in allen Blättern wird darauf hinawiesen, daß die inneren Zwistigkeiten in Deutschland immer mehr zunehmen.

Er konnte sich förmlich in dem bescheidenen Ruhme des Sohnes und als ihm der Bürgermeister würdevoll sagte: „Ja, Jakoble... ischt doch was dahinter! So ein Jung geht seinen Weg! Hast einen gescheiten Jungen und wenn er brav bleiben ist, dann wird er sich doch durchsetzen. Ischt doch dein Sohn!“

Das hatte gewirkt.

Bert trieb es förmlich wieder nach Berlin zurück.

Der Abschied war sehr herzlich und als Bert den Zug bestieg und zurückschaute auf das geruhame Städtchen, da fühlte er beglückt: Du hast die Heimat wieder gewonnen!

Der Zug fuhr in mäßigem Tempo, man möchte sagen: behutsam durch das herrliche Lautertal, in der lachenden schwäbischen Landschaft dahin. Wahrlich, erschien sich in Acht nehmen zu wollen, an dem herbftlichen Traum dieses lieblichen Gaues etwas zu zerstören. Die Welt lag versunken dort hinten irgendwo. Hier reichten die Gedanken nur bis zum Neckar, der, schon im Namen ein poetischer Begriff, nicht allzuweit entfernt durch die märchenhohen Gaue rauschte.

Der Zug hielt mehrere Minuten bei Roßingen, einem idyllisch gelegenen Ort, der im Abendsonnenschein wie eine eingebildete Stadt in Wolken auf dem rebengeschmückten Hügel erglänzte.

Run hatte ja Bert Brilon von jeher eine Schwäche für die Besichtigung altertümlicher Städte gehabt. Doch wäre diese romantische Neigung wirklich kein hinreichender Grund gewesen für das, was er jetzt tat.

Er unterbrach die Fahrt; irgendwas, worüber er sich nicht klar werden konnte, bestimmte ihn, auszustiegen. Es war ja gleichgültig, wie und wo er die nächsten Tage verbrachte; warum also nicht in der beruhigenden Zurückge-

Auflösung des preußischen Landtags?

Berlin, 13. Sept. WdZ, berichtet von erheblicher Bewegung in den Kreisen des preußischen Landtags. Die Nationalsozialisten seien durch Vermittlung des Präsidenten Kexel in ständiger Verbindung mit Hitler und der Reichstagsfraktion. Die Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum sollen beschleunigt durchgeführt werden, weil das Gerücht gehe, die Regierung beabsichtige, den preußischen Landtag aufzulösen noch bevor ein preußischer Ministerpräsident gewählt sei.

Das Programm der Reichsregierung

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Berlin, 12. Sept. Reichskanzler von Bapen sprach am Montag abend um 19.30 Uhr über das Programm der Reichsregierung. Er führte u. a. aus:

„Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von mir verfolgte Programm entgegenzunehmen. Die kommunistische, aus Moskau zugereiste Abgeordnete Frau Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich die deutsche Volksvertretung auch nur anzuhören. Ich stelle dieses Verhalten des Reichstags vor dem deutschen Volk fest. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, den Weg weiter zu gehen, den sie mit ihren bisherigen Handlungen beschritten hat: Den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung, zu der der Herr Reichspräsident sie berufen hat und zu deren Durchführung wir uns ohne Zögern, aber auch ohne Ueberstürzung ans Werk gemacht haben. Ihre erste und dringendste Aufgabe war die Erledigung der Reparationsfrage. Das System der Reparationen und seine letzte Verkörperung, der Youngplan, ist tot und wird niemals wieder lebendig werden.“

Schon in Lausanne habe ich den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet, als Volk mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reichs, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik. Einzelne Parteien haben es gewagt, der Reichsregierung die Berechtigung abzuspochen, diese großen Lebensfragen der Nation vorwärtszutreiben, weil sie angeblich auf einer zu schmalen Grundlage stehe. Diesen Leuten erwidere ich: jede deutsche Regierung, die diese Frage aufnimmt, steht auf einer sehr viel breiteren Grundlage, als irgendeine Partei sie bieten kann. Sie steht auf der breitesten Grundlage, die überhaupt denkbar ist, nämlich auf der Zustimmung und der Unterstützung des gesamten deutschen Volks. Wir wollen die Abrüstung. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden, und weiterhin schuhlos unter den waffenstarken Staaten des europäischen Festlands dazustehen. Wir wollen den Frieden. Wir wollen keine kriegerischen Abenteuer. Aber wir lehnen ein Weiterrücken ab. Das Ergebnis der ersten fünf Monate der Abrüstungskonferenz hat uns grausam enttäuscht! Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht entschieden ist. Wir wissen, daß wir in diesem Kampf nicht allein stehen. Die französische Antwortnote ist nicht aequalit, die Lösung dieser ersten Frage zu fördern. Ueber die Schritte, die wir zur weiteren Behandlung dieser lebenswichtigen Frage zu tun gedenken, wird das Kabinett in den nächsten Tagen bekanntgeben.“

In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen riesenhaften Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven Arbeit und soziale Befriedigung zu schaffen. Sie gibt uns ein Anrecht darauf, daß die führenden Staatsmänner der Großmächte nun auch ihrerseits den Entschluß fassen, der Vergiftung der außenpolitischen Beziehungen durch unhaltbare Verträge ein Ende zu setzen.

Es ist wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die Selbstständigkeit der deutschen Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen. Wir müssen also die Verklauwelen bei der Landwirtschaft verhindern. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente, Kontingenzierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuerentlastung. Alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft dienen nur dem einen großen Ziel: dem Sieg über die Arbeitslosigkeit! Selbstverständlich bekennet sich die Reichsregierung zu der christlich-ethischen Pflicht des Staats gegenüber dem schutzbedürftigen, insbesondere den Kranken,

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

9. Fortsetzung

Kadbrud verboten.

„Zweihundert Mark, Jakoble! Denk doch... wenn er studiert hätt', wie du's gewollt, dann hätt er dir in den Jahren viel, viel mehr gekostet. Zweihundert, Jakoble.“

„Zweihundert Mark! Meinem Wege... soll er sie habe, der Sauterl!“

Dann ging er und ließ die drei allein.

Frau Köschen lachte glücklich vor sich hin.

„Ischt garnit so schlimm, der Vater! Sauterl hat er gesagt... dann ischt er halber gut!“

Zwei Tage blieb Bert in der Heimat und seine Seele war voll Freude und Dankbarkeit. Er schämte sich plötzlich, daß er oft so falsch von der Mutter, von den Angehörigen gedacht hatte. Sie waren nicht schlecht, sie hatten sich nur seinem Wege verschlossen, weil sie ihn nicht verstanden. Sie waren gewöhnt, Boden unter den Füßen zu haben und strebten einem bestimmten Ziele zu.

Wo war sein Ziel?
Er wußte es ja selber noch nicht, wieviel weniger konnten es die Eltern wissen.

Aber jetzt fand man plötzlich das Vertrauen zu ihm. Ein paar gedruckte Artikel von ihm, die er glücklicherweise bei sich hatte, die hatten wie ein Wunder gewirkt.

Bert ist gedruckt worden!

Das war denn doch ein Ereignis und sogar der strenge Vater setzte jetzt einige Hoffnung auf den Sohn. Ja, er ließ sich die Artikel sogar geben und zeigte sie am Stammtisch,

zogenheit dieses verlockenden Idylls?! Ohne auch nur zu fragen, ob ihn am gleichen Abend noch ein Zug nach Stuttgart bringen könne, begab er sich durch das Stadttor ins Innere des Städtchens.

Er fühlte sich auf einmal frei und leicht und wie erlöst; in eine bessere, schönere Welt entführt.

In einem Gewirr von Gassen und Gäßchen verlor er sich.

Es dämmerte bereits. Abendglocken läuteten, Gänse schnatterten, hoppelten über das schlechte Pflaster.

Die alten Fachwerkbauten schienen sich ihm zuzuneigen, er stand verzaubert still wie in einem Märchen. Traumhaft, unwirklich erschien ihm dieses ganze Idyll; ein nie gekanntes, überaus wunderliches Gefühl beschlich ihn.

Er war nie in seinem Leben in diesem Städtchen gewesen und doch kamen ihm jede Straße, jedes Haus bekannt vor. Wie im Traum schritt er weiter. Und wieder, wie am Vormittag in der Wirtschaft des Stuttgarter Warte- saals kam es ihm plötzlich vor, als ob er unter innerem Zwang einen vorgeschriebenen Weg gehen müsse. Gleichsam von einem anderen Willen geleitet, bog er in eine Seitengasse ein.

Am Ende der Gasse stand ziemlich abseits und für sich allein ein altes Häuschen, vor dem Brilon stehen blieb. Sein Blick fiel auf eine Tafel über dem niedrigen Eingang.

Dem Andenken des Heimatdichters Johann Christof Andermatt gewidmet. Er wurde in diesem Hause am 15. Juli 1843 geboren und starb hiesig am 13. November 1902.

stand darauf zu lesen.

Da fiel es ihm wie Schuppen von den Augen. Andermatt?

verleihen und inhaltlich unerschütterlich. Hier findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.

Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter entscheidend zu verringern, werden wir die Unterstützungen für die Arbeitslosen, die auch wir gegenwärtig für zu niedrig erachten, erhöhen können. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Renten. Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohlverordneten Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsstaates zu beseitigen, den Arbeitsschutz aufzuheben oder die begrifflich zu Merkmalen des Tarifvertrags zu verkümmern.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das System der formalen Demokratie im Urteil der Geschichte und in den Augen der deutschen Nation abgewirtschaftet hat und daß es nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden kann. In gesunde zukunftsvolle Verhältnisse kann uns allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen, nationalen Staatsführung bringen, die sich über allem Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt, die gestützt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volk gewählten Reichspräsidenten.

Wenn die Herren von NSDAP heute die schon etwas verstaubten Requisiten des sozialistischen Klassenkampfes vergangener Jahre glauben hervorholen zu müssen, wenn sie glauben, daß sie mit einem Kampf gegen die „feinen Leute“, gegen die sogenannten „Barone“, gegen die „Herrenschicht“ neue Wahlerfolge erzielen werden, fürchte ich, daß sie eine bittere Enttäuschung erleben werden, denn in dieser Kampfmethodik ist ihnen der Marxismus aller Schattierungen weit überlegen. Aber sie werden dabei — und das ist das Wesentliche — ihr Ziel verfälschen und zerbrechen, ihr Ziel, die Nation um der Nation willen auf einer nationalen Basis zu einen.

Die ewigen Wahrheiten des christlichen Glaubens müssen die Grundlagen für Erziehung der Nation sein. Die grundsätzliche Befestigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 13 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer Reform der Verfassung gefunden werden. Wir werden diese Fragen nicht übereilen und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen. Das Wahlrecht bedarf eines Umbaus. Die Heraushebung des Wahlalters wird Schule und Unioersität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer zu fallen drohen. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volkserziehung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich-Preußen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerbrechen. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reichs. Auf diesem Gebiet liegt die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbundung, die die Stunde von uns verlangt. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.

Die französische Antwort Der Völkerbund soll entscheiden

Berlin, 13. Sept. Die Reichsregierung veröffentlicht die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Denkschrift. Darin wird u. a. gesagt: Die deutsche Regierung berufe sich darauf, daß der Verlauf der Abrüstungskonferenz möglicherweise unbefriedigend bleiben werde. Diese Auffassung greife den Ereignissen vor. Frankreich habe den Willen zur Herabsetzung der Rüstungen dadurch bewiesen, daß es die Wehrausgaben um 1500 Mill. Franken, dem Jahresbetrag an Reparationen, auf die es verzichtet habe, herabsetzte. Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erkläre, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem in Vorbereitung stehenden Abkommen nun unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie den Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag zuwiderhandeln und die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung unmöglich machen. Die Abrüstungsarbeiten werden es ermöglichen, festzusetzen, welches die Rechtsstellung Deutschlands innerhalb einer allgemeinen unter dem Schutz der Schiedsgerichtsbarkeit unter Kontrolle stehenden Friedensordnung sein soll. Die französische Regierung könne der deutschen Auffassung, daß die Rechtsfrage bereits gelöst sei, nicht beipflichten. Wenn man Frankreich eine mißbräuchliche Andeutung des Wortes Sicherheit mache, so sei zu erklären, daß Frankreich damit keine verschleierte Vorherrschtsabsicht habe. Es fordere nur seinen rechtmäßigen Anteil an einer für alle Staaten geltenden Sicherheit. Die von Deutschland beanspruchte organisatorische Aenderung seines Heerwesens bedeute doch wohl eine Aufrüstung. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß diese sich auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Friedensverträge an ähnliche Grenzen gebunden sind wie Deutschland. Es würde somit das ganze mittel- und osteuropäische Problem ausgerollt und die Weltkräftigung von neuem beginnen. Daran sei ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich könne sich nicht darauf einlassen, auf eine Frage von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen. Wenn also Deutschland auf seinen Absichten bestände, so müsse eine allgemeine Abrüstungskonferenz werden, aber nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz, sondern die Entscheidung liege allein beim Völkerbund.

Die französische Antwortnote ist ein Kabinettsstück juristischer Spitzfindigkeit und sachlicher Ablehnung. Der deutsche Anspruch auf Rüstungsgleichheit wird ausdrücklich zurückgewiesen, und es ist jedenfalls nicht der Tatbestand geschaffen, den die deutsche Regierung in ihrer Erklärung vom 22. Juli d. J. als Voraussetzung dafür hingestellt hat, daß sie sich weiter mit Aussicht auf Erfolg an den Abrüstungsverhandlungen beteiligen könne.

Neue Nachrichten

Der Reichspräsident Ehrenbürger von Nürnberg
Weihn, 13. Sept. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Cyprius, und nahm aus dessen Händen den Ehrenbürgerbrief der Stadt Nürnberg entgegen.

Politik und Kirche

Wuppertal, 13. Sept. Die Nationalsozialisten haben für die bevorstehenden Kirchenwahlen eine besondere Liste mit dem Kennwort „Deutsche Christen“ aufgestellt. Der Coang-Ausschuß des Landesverbands Düsseldorf-Ost der Deutschen Volkspartei nimmt gegen die Liste Stellung. Mit dem Grundgedanken des evangelischen Glaubenslebens und mit dem Wesen der evangelischen Kirche sei es unvereinbar, parteipolitische Bestrebungen in die Kirche hineinzutragen.

Der Hamburger Haushalt wird durch Notverordnung in Kraft gesetzt

Hamburg, 13. Sept. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft hat eine aus Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen bestehende knappe Mehrheit den Haushaltsplan des Senats abgelehnt. Der Senat wird nun auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des Haushalts von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 den Haushaltsplan für 1932 durch Verordnung in Kraft setzen.

Königsberger SA-Leute in Linz verhaftet

Linz, 13. Sept. Vier reichsdeutsche SA-Leute, die aus Königsberg in Preußen stammen, und zwar der Hochschüler Majora, der Schlossergehilfe Mariensfeld, der Versorgungsamtwärter Bloew und der Bürobeamte Krashinsky sind heute hier verhaftet worden; man glaubt, daß sie an den Königsberger Bombenanschlägen beteiligt waren und aus Deutschland flüchteten.

Gandhi droht mit seinem Hungertod

London, 13. Sept. Gandhi beabsichtigt, Hunger zu sterben, wenn die britische Regierung bei ihrem Vorschlag bleibt, eine besondere Wahlkörperschaft für die unteren Kasten Indiens einzuführen. Gandhi will ab 20. d. M. sich jeder Nahrungsaufnahme enthalten. Er ist der Meinung, daß der englische Vorschlag auf die Vernichtung des Hinduismus hinauslaufen würde.

Wie aus Simla berichtet wird, verlässt dort, daß Gandhi am 20. d. M. unmittelbar nach Beginn seiner Hungerkundgebung wahrscheinlich in Freiheit gesetzt werde. Man rechnet damit, daß Gandhi, wenn er keinen Entschluß tatsächlich durchführt, höchstens einen Monat am Leben bleiben könnte. Die Regierung gedenkt, bei ihrem Vorschlag zu bleiben, auch für den Fall, daß bei den indischen Gemeinschaften ein anderer Vorschlag aussteht.

Japan erkennt die Mandchurei an

Tokio, 13. Sept. Auf einer unter Vorsitz des Kaisers von Japan abgehaltenen Plenarsitzung des Staatsrats wurde heute vormittag die Anerkennung des neuen Staats Mandschukuo gebilligt.

Hutchinson gerettet

Oslo, 13. Sept. Aus Tromsø wird gemeldet, daß Hutchinson sich nach der norwegischen Funktionärsfamilie in Ostgrönland gerettet habe. Nach einem bei der Verwaltung von Grönland eingegangenen Telegramm hat der Transfer „Talbot“ heute um 12 Uhr nachts sämtliche Mitglieder der Fliegerfamilie Hutchinson auf Land bei Ikeruaq gefunden. Die Geretteten befinden sich wohl, die Maschine aber ist wrack.

Württemberg

Stuttgart, 13. September.

In den Ruhestand. Oberstaatsanwalt H. Cuhorst tritt Ende September in den Ruhestand.

Der Besitzer des Ebnisee-Hotels verhaftet. Der Brand des Ebniseehotels in Gausmannsweller hat eine überraschend schnelle Aufklärung gefunden. Noch am Montag nachmittag wurde der Besitzer des Hotels, Karl Haag, durch einen Stuttgarter Kriminalbeamten in Mannheim verhaftet, wohin er sich begeben hatte, um ein Alibi nachweisen zu können. Als Haag in Mannheim verhaftet und ihm die Tat auf den Kopf zugesagt wurde, leugte er alsbald ein umfassendes Geständnis ab. Ob er den Brand selbst gelegt hat und sich einer „Zeitbindung“ bediente, oder ob er den Brand durch einen Dritten legen ließ, muß erst nach die Untersuchung ergeben. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß Haag schon seit längerer Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Vom Tode. Am Montag vormittag wurde in einem Hause der Kiste ein 51 J. a. Mann erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Aus dem Lande

Badnang, 13. Sept. Todesfall. Im Alter von 33 Jahren ist am Sonntag Rechtsanwält Ludwig Höchel nach heimtückischer Krankheit verschieden. Die Kriegerverletzung und der Bezirkskriegsverband verkleren ihren langjährigen Führer. Er war ein eifriger Förderer des Wehrsports im Bezirk.

Oehringen, 13. Sept. Der Gemeinderat verlangt Schächterverbot. Der hiesige Gemeinderat hat beschlossen, beim Ministerium auf ein Verbot des Schächters und des Kupierens der Pferde hinzuwirken. Die Anträge hiezu gingen von den Nationalsozialisten aus.

Halmersheim a. N., 13. Sept. Zündendes Kind legt zwei Scheunen in Brand. Dieser Tage brannten hier zwei mit Erntevorräten reichlich gefüllte Scheunen nieder. Das Feuer entstand durch ein fünfjähriges Kind, das in einer Scheuer mit Feuer spielte.

Tübingen, 13. Sept. Landesverbandstag der Konditoren. Gestern abend nahm der Landesverbandstag der selbständigen Konditoren von Württemberg und Hohenzollern seinen Anfang. Bei dem Begrüßungsabend im Hotel zum „Goldenen Ochsen“ begrüßte der Obermeister der Konditorinnung Reutlingen, Heinrich Kunz, die zahlreich anwesenden Verbandskollegen.

Oberndorf a. N., 13. Sept. Sturm Schäden. Am Sonntag mittag legte ein Sturm über das Land, der besonders auf den Höhen großen Schaden anrichtete. Zentnerweise wurde das noch nicht ausgereifte Obst von den Bäumen geschüttelt. Die Äpfel können immerhin noch vermostet werden, die Birnen müssen weggeworfen werden.

Rottweil, 13. Sept. Tagung der Reichsbahnärzte. Am Samstag fanden sich die Reichsbahnärzte des Landes zu einer Tagung in Rottweil zusammen.

Groß-Eislingen N. Göppingen, 13. September. Die Kosten des Groß-Eislinger Mineralbrunnens. Der neu erbohrte Groß-Eislinger Mineralbrunnen kostet bis zu seiner endgültigen Fertigstellung insgesamt 14 800 Mark. Davon entfallen auf die Bohrkosten allein 13 700 Mark. Um diese hohen Bohrkosten einigermaßen auszugleichen, ist die Mineralwasserentnahme kostenpflichtig. Wie in Klein-Eislingen, so wurden auch in Groß-Eislingen Mineralwasserarten ausgegeben, von denen bis jetzt 700 Stück mit einem Erlös von rund 633 Mark an die Bevölkerung verkauft wurden.

Wipplingen, N. Blaubeuren, 13. Sept. Einbrecher. Im Wohnhaus der Witwe Kirsamer konnte ein Einbrecher festgenommen und dem Landjäger zur weiteren Behandlung übergeben werden. Der seit Wochen gesuchte schwere Junge hat trotz seiner erst 27 Jahre bereits 7 Jahre im Gefängnis gesessen.

Königsbrunn N. Heidenheim, 13. September. Freche Däcche. Einem hiesigen Bürger haben Däcche auf der Suche nach Engerlingen über 200 Stöcke auf dem Karioffelacker herausgewühlt.

Vom Ries, 13. Sept. Weiler keine Rettung erhoffte. Auf dem Bahndamm bei Wemding wurde die Leiche des 66 J. a. Zimmermanns Friedrich Ruf von Wipplingen gefunden. Ruf, der in letzter Zeit im Krankenhaus war, sollte sich einer Operation unterziehen, von der er sich jedoch keine Heilung versprach.

Wangen i. N., 13. Sept. Zwei Banauer Bergsteiger tödlich abgestürzt. Die kaufmännische Angestellte Genoveva Bed, gebürtig aus Legau, Bezirksamt Remmingen, und Spinnerarbeiter Karl Albrecht, Sohn des Sektorknechters R. Albrecht von Wangen, unternahm gemeinsam eine Besteigung der 2260 Meter hohen Hölzle. Sie nahmen ihren Weg von Oberstdorf aus über das „Rote Loch“, wo sie aus etwa 250 Meter Höhe abstürzten. Sonntag abend sind sieben Bergführer zur Rettung bzw. Bergung aufgebrochen. Montag vormittag 8 Uhr wurden die Leichen aufgefunden und geborgen.

Pforzheim, 13. Sept. Widerstand. Ein Postzelbeamter in Zivil ertappte gestern einen Arbeitslosen und seine beiden Söhne beim Diebstahl auf verschiedenen Grundstücken. Zur Rede gestellt, ergingen sie sich in Beleidigungen des Beamten und leisteten tätlichen Widerstand, als der Beamte nach verweigerter Namensangabe dazu schritt, die Leute festzunehmen. Er mußte von seiner Schußwaffe Gebrauch machen, wobei einer der Söhne in der Leistengegend verwundet wurde, so daß er ins Krankenhaus verbracht und operiert werden mußte. Untersuchung ist eingeleitet.

Lokales.

Wildbad, den 14. September 1932.

Die Mondfinsternis am 14. September. Am 14. September findet von 20.18 bis 23.43 Uhr eine Mondfinsternis statt, die auch bei uns in Deutschland sichtbar ist. Es ist dies die einzige in Mitteleuropa wahrnehmbare Finsternis des Jahres. Der Mond geht etwa eine Stunde vor Beginn der ganzen Finsternis auf. Derartige Mondfinsternisse finden immer nur um die Vollmondzeit statt. Dann kann es nämlich vorkommen, daß sich Sonne, Erde und Mond in einer Linie befinden, so daß die von der Sonne beleuchtete Erde ihren gewaltigen Schattentegel auf den Mond werfen kann und denselben damit zu verfinstern vermag. Bei solchen Mondfinsternissen macht man nun eine merkwürdige Beobachtung. Der Erdschatten erscheint nämlich auf dem Monde gewöhnlich nur in der Mitte schwarz, gegen seine Ränder hin aber rötlich, so daß der verfinsterte Mond eine eigenartige kupferne Farbe anzunehmen vermag. Die diesmalige Mondfinsternis bringt eine fast vollständige Ueberdeckung des Mondes zuwege, indem 0,98 Teile des Monddurchmessers zur Zeit der größten Bedeckung (um 22.01 Uhr) vom Erdschatten verfinstert werden. Nur ein ganz kleines Stückchen am nördlichen, oberen Ende, etwas nach rechts gelagert, bleibt frei. Die Mondfinsternis wird am besten von unserer Replerwarte auf dem Sommerberg, einer Stern- und Sonnenwarte aus beobachtet, wo jedermann Gelegenheit gegeben ist, unter Anleitung die Himmelswunder zu sehen.

Das Geld heraus aus dem Schlupfwinkel! Man berechnet, daß im Strumpf, in Kästen und Truben über eine Milliarde Mark verborgen liegen. Was könnte diese Milliarde, die brach liegt und unsicher verborgen ist, Gutes schaffen, wenn sie in Sparcassen, bei Genossenschaften usw. einstragend angelegt würde; wieviele taufend Arbeiter könnten durch sie ins Brot gesetzt werden! Darum: heraus mit dem Geld aus dem Strumpf!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der neue Bischof von Meißen. Der Papst hat den Probst von Magdeburg, Peter Legge, zum Bischof von Meißen in Sachsen ernannt.

Zenkers Asche der Nordsee übergeben. Am Dienstag wurde die Asche des verstorbenen Admirals Zenker, seinen testamentarischen Wunsch entsprechend, durch den Kreuzer „Köln“ auf dem Schlachtfeld am Skagerrak in die Nordsee verfenkt. Der Sohn des Admirals, Leutnant z. S. Zenker, nahm an der Feierlichkeit teil.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist in der Nacht zum Dienstag um 10.10 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit neun Fahrgästen an Bord zu einer neuen Südamerikafahrt nach Pernambuco — Rio de Janeiro aufgefliegen.

Opfer der Berge. Nach einer Meldung aus Innsbruck wird Professor Dypich aus Berlin nach einer Hocharbeit zur Berlinerhütte vermißt, wahrscheinlich ist er verunglückt. Professor Leo Raduschlo aus München ist an der Nordwand der Cividita, durch einen Schneesturm erschöpft, ertrunken. Im Ledrosee ertrank eine Dame aus Boisdorn.

Paratyphus. Vermutlich durch den Genuß unreinen Trinkwassers sind in der Landgemeinde Weidenhausen (Kreis Biedenkopf) 20 Personen an Paratyphus erkrankt. Lebensgefahr besteht bei keinem der Erkrankten.

Gorguloff wird hingerichtet. Aus Paris wird berichtet, Staatspräsident Lebrun habe die Akten über Gorguloff, der bekanntlich den Staatspräsidenten Doumergue ermordet hatte, ohne seine Unterschrift an das Justizministerium zurückgeschickt. Dies würde bedeuten, daß die Begnadigung abgelehnt sei. Die Hinrichtung Gorguloffs würde somit am Mittwoch oder Donnerstag stattfinden.

Sport.

Neuer Transoceanflug. Die Flieger Mitz Kemmer, Dr. Ulrich und Dr. Bisculli sind Dienstag früh von Newport aus zu einem Transoceanflug gestartet.

Handel und Verkehr

Neuerungen im Lokomotivbau

Die deutsche Lokomotivindustrie hat in Zusammenarbeit mit der Reichsbahn eine Einheits-Lokomotive gebaut, die bei größerer Zugleistung eine Kohlenersparnis bis zu 30 v. H. gegenüber den bisherigen Lokomotiven verzeichnet.

Die deutsche Lokomotivindustrie hat ferner eine schwere Heißdampflokomotive mit vierachsiger Kondensationstender gebaut, die eine 1000 Kilometer lange Strecke durchlaufen, ohne Wasser aufnehmen zu müssen.

Berliner Pfundkurs, 13. Sept. 14,65 G., 14,69 S. Berliner Dollarkurs, 13. Sept. 4,209 G., 4,217 S. Privatdiskont 5,5 v. H. kurz und lang.

Währ. Silberpreis, 13. Sept. Grundpreis 42,70 RM. d. Ag. Münzprägung im August. Im August wurden geprägt: Fünfmärkstücke für 888 000 RM., Dreimärkstücke für 1 740 000 RM., Zehnpennigstücke für 1 97 000 RM. und Bierpfennigstücke für 42 000 RM.

Die Brandschäden im August. Die bei den Mitglieds-Gesellschaften der 'Arbeitsgemeinschaft deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaften in Deutschland' im Deutschen Reich angefallenen Schäden, die für Juli mit 5 844 470 RM. gemeldet worden waren, betragen für August 1932 insgesamt 9 233 019 RM.

Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer durch Ausgabe von Steuergutscheinen beantragt. Der Reichsverband der Garagenbesitzer e. V. (Rebega) hat bei der Reichsregierung beantragt, die Kraftfahrzeugsteuer in das System der Steuergutscheine einzubeziehen.

Erhöhung der Porzellanpreise. Die Hauptversammlung des Verbands Deutscher Porzellanfabriken am 20. September wird gebundene Preise beschließen, die eine mäßige Preiserhöhung für die besseren Sorten zur Folge haben wird.

Deutscher Seidenbau. Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß die Werbung für den Seidenbau in Deutschland, soweit sie von Händlern mit Maulbeerpflanzen ausgeht, vielfach mit irreführenden Angaben betrieben wird.

hängen, die sich bereit erklären, gegen Verfall der Provisionen jedermann unentgeltlich zu beraten.

Die deutsche Schuhindustrie glaubt feststellen zu können, daß der Tiefstand der Preise nunmehr erreicht ist und daß die jetzige Preislage eine gewisse Widerstandsfähigkeit zeigen werde.

Arbeiter-Einstellungen bei Salamander. Ein Korrespondenzbüro teilt mit: Die Salamander AG. in Kornwestheim hat in jüngster Zeit etwa 500 Arbeiter eingestellt.

Robert Bosch AG. Stuttgart. Im Geschäftsbericht heißt es, daß sich der Umsatz des Jahres 1931 gegenüber 1930 mengenmäßig ungeändert gehalten hat, auch daß sich das Verhältnis vom Inlands- zum Auslandsabsatz kaum verändert.

Süddeutsche Baumwoll-Industrie A. G. Kuchin. Die Generalversammlung für das am 30. Juni 1932 abgelaufene Geschäftsjahr findet am 25. Oktober statt.

Zahlungseinstellung: Julius Stäge G. m. b. H., Firma für Kaffee-, Tee- und Kakaoexport, Berlin, gear. 1877.

Stuttgarter Börse, 13. Sept. Die heutige Börse eröffnete zu früh zu behaupteten Kursen. Im Verlauf unter Schwankungen freundlich; Schluß etwas fester.

Berliner Getreidepreise, 13. Sept. Weizen märk. 20,50-20,70, Roggen 16-16,20, Futter- und Industrieernte 16,70-17,30, Hafer 13,60-14,10, Weizenmehl 25-25,30, Roggenmehl 21,75-24, Weizenkleie 13,60-14,10, Roggenkleie 8,40-8,90.

Magdeburger Zuckerpreise, 13. Sept. Innerhalb 30 Tagen 32,60 und 32,85, Sept. 32,80. Tendenz still.

Bremen, 13. Sept. Baumwolle Middl. Univ. Stand, loco 9,00.

Märkte

Stuttgarter Schlachttiermarkt, 13. Sept. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 53 Ochsen, 62 Bullen, 396 Jungbullen, 563 Rinder, 199 Kühe, 1569 Kälber, 1823 Schweine, 8 Schafe.

Table with market prices for various goods like Ochsen, Kühe, Rinder, Schweine, etc. Columns include item name, quantity, and price.

Ulm, 13. Sept. Schlachttiermarkt. Zutrieb: 6 Ochsen, 25 Färren, 30 Kühe, 23 Rinder, 199 Kälber, 300 Schweine. Preise:

Ochsen 1. 28-30, Färren 1. 20-21, 2. 17-19, Kühe 2. 12-15, Rinder 1. 30-32, 2. 27-30, Kälber 1. 34-36, 2. 30-32, Schweine 1. 44-46, 2. 41-43.

Pforzheim, 13. Sept. Schlachttiermarkt. Zutrieb: 9 Ochsen, 5 Kühe, 53 Rinder, 25 Färren, 61 Kälber, 449 Schweine. Preise: Ochsen 1. 31-33, 2. 27-30, Färren 1. 26, 2. und 3. 24 bis 32, Kühe 1. 24, 2. und 3. 20-23, Rinder 1. 34-37, 2. 31 bis 33, Kälber 2. 37-41, 3. 33-35, Schweine 2. 47-48, 3. 46 bis 47.

Viehpreise. Kalen: 1 Paar Ochsen 640-680, Stiere 200-295, Färren 140-235, Kühe 140-300, Kälber und Jungvieh 50-345, Kälber 32-42.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 15-22. Blaubeuren: Milchschweine 15-22. Grohngörlingen: Milchschweine 15-24. Oberstenfeld: Milchschweine 12-23.

Fleischpreise. Kalen: Kernen 9,70-10,20, Weizen 9,60-12,50, Roggen 8-11, Dinkel 7,50-9, Gerste 7-8, Haber 6,25-6,70. Heidenheim: Kernen 11-11,50, Weizen 10,30-10,50, Roggen 8,40 bis 8,50, Haber 6-6,30.

Stuttgart, 13. Sept. Würt. Häute- und Fellauktion. An der heutigen Häute- und Fellauktion wurden für das würt. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Ochsenhäute bis 29 Pf.

Stuttgarter Grohmarkt, 13. Sept. Auf dem Gemüsegrohmarkt waren grüne Bohnen von 18 Pf. an aufwärts bis zu 25 Pf. das Pfund feil; es gab starke Unterschiede in der Güte.

Stuttgarter Karloffelmarkt auf dem Leonhardsplatz, 13. Sept. Zufuhr 150 Ztr. Preis 2,30-2,70 RM. je Ztr.

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz, 13. Sept. Zufuhr 800 Ztr. Preis 4,70-5,20 RM. je Ztr.

Befehlswechsel. Das als bekanntes Gasthaus zum 'Röhl' in Weil im Schönbuch (W. Böhlingen) wurde von seinem bisherigen Besitzer Karl Wöhlein aus Oberndorf, der das Anwesen vor nicht allzulanger Zeit um den Preis von 30 000 M. erworben hatte und darin einen Cafébetrieb führte, an Georg Binder-Dettenhausen um den Preis von 27 000 M. weiterverkauft.

Das Wetter

Auf der Rückseite eines über Skandinavien liegenden Teils strömt kühle Luft gegen den Kontinent. Für Donnerstag und Freitag ist wechselnd bewölkt, mäßig kühles Wetter zu erwarten.

ARTERIEN-VERKALKUNG and RHEUMATISMUS advertisement. Includes text about blood pressure, rheumatism, and a list of symptoms. Mentions 'Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!' and 'Garantie-Kuren!'.

Freiwillige Feuerwehr Wildbad advertisement. Includes text about a fire drill on Sunday, 18th, and a mission tent in Calmbach. Title: 'Schulübung'.

Freiwillige Versteigerung advertisement. Announces an auction on Thursday, 15th, at 2 PM. Items include bedding, mattresses, and furniture. Location: Wildbad, Calmbach.

Adreßbücher advertisement. Promotes address books for Wildbad and Calmbach. Includes text: 'Wildbad - Calmbach gebunden Preis RM. 4.-' and 'Chem. Reinigen und Färben'.